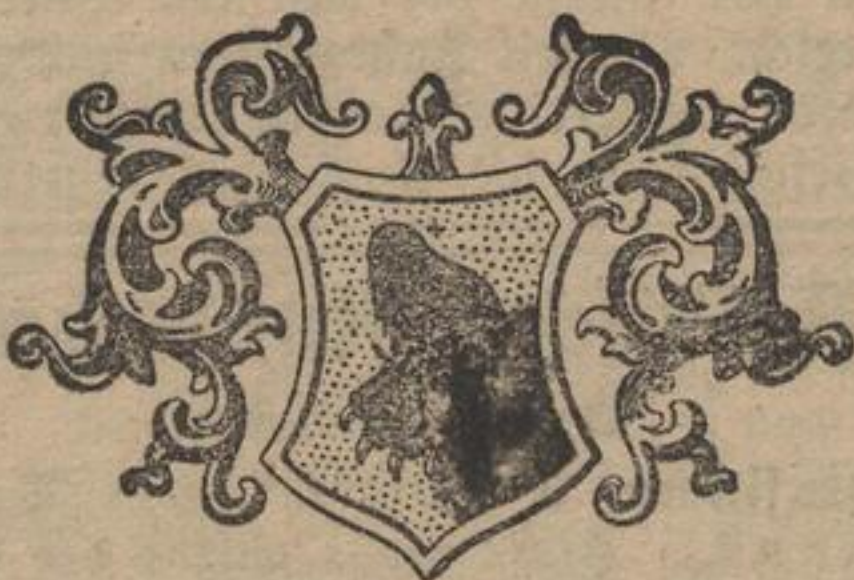


Pulsnitzer Wochenblatt

Festpr. Nr. 18. Tel.-Adr. Wochenblatt Pulsnitz **Bezirksanzeiger**

und Zeitung Postcheck-Konto Leipzig 241 27. Gem.-St.-R. 146

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 7.50 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 7.—, monatlich M 2.35, durch die Post abgeholt M 7.50.



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gehaltene Zeitzeile (Masse's Zeilenmesser 14) 100 Pfg., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 85 Pfg. im Amtsgerichtsbezirk 70 Pfg. Amtliche Zeile M 3.—, 2.50 Pfg. 2.10. Reklame M 2.—. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitrauben der tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisknapp in Anrechnung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz, des Kommunalverbandes und Finanzamts Ramenz, der Ministerien und der Gemeindeämter des Bezirks.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Bollung, Großhohndorf, Bretzig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weibach, Dors- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Blomaringplatz Nr. 266.

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr).

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 4.

Sonnabend, den 8. Januar 1921.

73. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Nährmittelabgabe.

Von Dienstag, den 11. Januar 1921 ab gelangen durch die Kleinändler des Bezirks zur Verteilung:

- auf Abschnitt 75 der Allgemeinen und auf Abschnitt 76 der Kindernährmittelliste 150 Gramm Nudeln zum Preise von 8 Mark für das Pfd.,
- auf Abschnitt 77 der Kinders- und auf Abschnitt 24 der Elternnährmittelliste 1 Pfund Grieß zum Preise von 1,90 Mark für das Pfd.

Tüten sind mitzubringen.

Ramenz, am 6. Januar 1921.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Nach Rücksprache mit den Vertretern der Unternehmer und der Heimarbeiter sind alle Heimarbeiter bei der Schürzen-, Wäsche- und Berufskleidungs-Näheret und bei der Bandweberei und deren Hilfsgewerben dem Steuerabzug vom Arbeitslohn zu unterwerfen. Außer den gesetzlich festgelegten Abzügen kommen bei den Näherinnen der Schürzen-, Wäsche- und Berufskleidungs-Näheret 25 Prozent und bei den Webern und Weberinnen der Bandweberei 33% Prozent als Unkosten vom Lohnemkommen in Abzug.

Diese Bestimmungen treten vom 1. Januar 1921 ab in Kraft.

Finanzamt Ramenz, am 5. Januar 1921.

Polizeistunde.

Wir haben Veranlassung, auf folgendes nachdrücklich hinzuweisen:

Die Polizeistunde ist nach wie vor auf 12 Uhr festgesetzt. Zu diesem Zeitpunkt haben die Inhaber von Gastwirtschaften usw. ihre Räume zu schließen, die Gäfte haben die Räume ohne besondere vorherige Aufforderung zu verlassen.

Das Wichtigste.

Die Brüsseler Finanzkonferenz wird voraussichtlich erst am 17. oder 18. Januar wieder zusammen-treten.

Der belgische Finanzminister teilte mit, er hoffe die Unterhandlungen mit Deutschland über die Ein-wechselung der 7 Milliarden Mark demnächst wie-der aufnehmen zu können.

Das österreichische Kabinett Mayr will seine Demis-sion geben, um durch ein Kabinett Schöber ersetzt zu werden.

Das neue Reichswehrgesetz wird dem Reichstage noch im Laufe des Januar vorgelegt werden. In Vorbereitung befindet sich auch ein Entwurf über Versorgungsmaßnahmen für ausscheidende Mit-glieder des neuen Reichsheeres im Falle von Un-fall und Invaldität.

Scheidemann schreibt Erinnerungen. Scheidemann teilt dem „Vorwärts“ mit, daß er ein politisches Memoirenbuch verfaßt habe, das unter dem Titel „Der Zusammenbruch“ noch in diesem Monat erscheinen wird.

Das britische Kabinett soll beabsichtigen, der deutschen Regierung für die Auflösung der noch bestehenden Einwohnerwehren eine weitere Frist von vier Monaten zu bewilligen.

Die „Kote Fahne“ veröffentlicht den Wahlaufruf zu den preussischen Landtagswahlen, der eine scharfe Kampfsanage an Bürgertum und demokratische Staatsform enthält.

Deutsche und polnische Gewerkschaftsführer wurden wegen der Unsicherheit in Oberschlesien bei dem General Berond vorstellig.

In dem Steuerhinterziehungsverfahren gegen die frühere deutsche Kronprinzessin und die übrigen Mitglieder des früheren Königshauses ist das Er-mittlungsverfahren von der Staatsanwaltschaft am 31. Dezember eingestellt worden.

Reichsverkehrsminister Gröner hat das Einigungs-abkommen mit dem Sechserausschuß der Eisenbah-ner unterzeichnet und wird es dem Reichskabinett zur Genehmigung empfehlen.

In der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtages kam es bei Beratung des von den Kommunisten gestellten Antrages auf Erhöhung der Erwerbs-loosenunterstützung zu langen, anhaltenden, starken Tumulten, die im Saale sowohl als auch auf den

Tribünen solchen Umfang annahmen, daß nach einstündiger Geschäftsordnungsdebatte der Präsi-dent den Landtag auflösen mußte. In den Si-tungssaal der vorherigen 1. Kammer zu gehen, um dort die Verhandlungen unter Ausschluß des Tribünenpublikums fortzusetzen.

Die für Donnerstag, den 6. Januar von den Er-werbslosenräten anberaumten Demonstrationen fanden programmäßig in vielen sächsischen Städten statt.

In 138 bisherigen Garnisonstädten werden Kasernen für Wohnzwecke freigegeben werden.

Derliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Reichsgründungsfeier) Der 18. Januar 1921, als der Tag, an dem sich die Gründung des Deutschen Reiches zum 50. Male jährt, soll auch in unserer Stadt nicht unbeachtet vorüber-gehen. Von dem Gedanken durchdrungen, daß es in unsern Tagen, in denen das vor 50 Jahren gegrün-dete mächtige Reich zerschmettert am Boden liegt, ganz besonders notwendig ist, großer Zeiten zu ge-denken, sich in dieser Erinnerung wieder aufzurichten, um eine neue Hoffnung auf die Wiedererstarbung des deutschen Gedankens aufkeimen zu lassen, hat sich ein aus allen Kreisen unserer Bürgerschaft zusammen-gelegter Arbeitsausschuß gebildet, der die Feier des 18. Januar vorbereitet. Das Programm ist in sei-nen Einzelheiten noch nicht festgelegt. Die Feier soll abgehalten werden in Form eines Kommerzes, der durch Darbietungen, zu denen sich unsere Männer-gefangenvereine, die sportlichen Vereinigungen und der Turnverein freundschaftlich zur Verfügung gestellt haben, seine besondere Belebung erfahren wird. Wir wol-len hoffen, daß die geplante Veranstaltung im Her-zen aller deutsch Gesinnten freudigen Widerhall fin-den und daß die Beteiligung an der Feier, die im Saale des Schützenhauses abgehalten werden soll, eine recht zahlreiche sein wird. O. M.

— **Nach Anordnung des Wirtschafts-ministeriums** vom 29. Dezember 1920 ist die Ueberwachungsstätigkeit der Milchrevisoren in Gehöf-ten, in denen die Maul- und Klauenseuche geherrscht hat und amtlich für erloschen erklärt worden ist, wieder aufzunehmen.

— **(Zwei Sonnen- und Mondfinster-nisse)** haben wir im Jahre 1921 zu erwarten, von

Zumüberhandelnde machen sich nach § 365, R. Str. G. B. strafbar, die Inhaber von Gastwirtschaften usw. haben außerdem ihre Bestrafung gemäß §§ 3, 8 der Bekannt-machung vom 11. Dezember 1916 (R. G. Bl. S. 1855) zu gewärtigen. (Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder Haft oder Gefängnis bis zu 3 Monaten.)

Die von uns bisher in besonderen Einzelfällen geübte Nachsicht ist in letzter Zeit vielfach gründlich mißbraucht worden. Die gesetzlichen Bestimmungen werden deshalb von jetzt an ausnahmslos streng gehandhabt werden.

Der Stadtrat. — Polizeirat.

Brennholz-Abgabe.

Dienstag, den 11. Januar 1921, von 8 Uhr vormittags ab:

Trockenes Stockholz per Zentner 8 M., bestelltes Rollenholz wird an Mindestbemittelte von 75 Mark ab aufwärts bis zu 90 Mark abgegeben. Weitere Bestellungen nimmt das Koh-lenamt entgegen. Abgabe Holzplatz Schillerstraße.

Der Stadtrat — Kohlenamt.

Bekanntmachung.

Unter dem Viehbestande der Firma Schurig-Raupach und der Frau Christiane Wilhel-mine Heine in Pulsnitz ist die

Maul- und Klauenseuche

erloschen. Die Stadt Pulsnitz ist Beobachtungsbezirk.

Pulsnitz, am 7. Januar 1921.

Der Rat der Stadt.

benen in Deutschland die erste Sonnenfinsternis am 8. April und die zweite Mondfinsternis am 16. bis 17. Oktober sichtbar sein werden. Im neuen Jahre fällt Fastnacht auf den 8. Februar, Ostern auf den 27. und 28. März, Himmelfahrt auf den 5. Mai und Pfingsten auf den 15. und 16. Mai.

— **SZ. (Zusammenschluß der sächsischen Landwirte.)** In den Kreisen des sächsischen Bauernbundes (Bund der Landwirte) und des Ver-bandes sächsischer Landwirte wird den übereinstim-menden Wünschen aus den Mitgliederkreisen folgen-d, eine Vereinigung dieser beiden Organisationen er-wogen. Vertreterversammlungen der beiden Organi-sationen haben bereits zu der Vereinigungsfrage Stellung genommen. In Preußen ist bekanntlich schon vor einiger Zeit eine Vereinigung des Bundes der Landwirte und des Landbundes erfolgt.

— **SZ. (Eine Viehsteuer für Sachsen?)** Die sächsische Regierung soll nach zuverlässigen Mit-teilungen erwägen, eine Landesviehsteuer einzuführen. Die Regierung würde damit den Weg beschreiten, den die Bezirksversammlung für die Amtshaupt-mannschaft Dresden unter Leitung des sozialdemo-kratistischen Amtshauptmanns Dr. Lempke bereits ge-gangen ist. Dort hat man eine Viehsteuer einge-führt, die Sätze bis zu 50 Mark für das einzelne Stück Vieh vorsieht. Nachdem unser Viehbestand durch die Abgabe an die Entente und durch die Maul- und Klauenseuche schon erheblich vermindert worden ist, scheint man sich jetzt zu bemühen, eine weitere Verminderung unserer Viehbestände noch durch eine Viehsteuer herbeizuführen.

— **(Gegen eine sächsische Viehsteuer.)** Es wird im Kreise der sächsischen Regierung erwogen, dem Beispiel der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt folgend, eine Viehsteuer einzuführen. Gegen einen solchen Plan werden aus landwirtschaftlichen Kreisen sehr ernste Bedenken laut. So hat jetzt auch der sächsische Landeskulturrat Veranlassung genommen, beim Wirtschaftsministerium Einspruch gegen die von der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt für einen Bezirk eingeführte Steuer zu erheben und hat zum Ausdruck gebracht, daß in einer solchen Besteuerung eine einseitige Belastung eines Berufsbezuges erblickt werden müsse und daß eine solche Belastung zu dem beabsichtigten, auch von der Staatsregierung gefor-derten Wiederaufbau der Landesviehzucht in scharfem Widerspruch stehe.

